

Dresdner Nachrichten

Begründet 1856

Druckerei: Rüdiger Döbner
Hauptredaktion: Nr. 20011
Schiffelung u. Hauptgeschäftsstelle:
Dresden - K. 1., Marktstraße 28/29

Bezugspreis vom 1. Okt. 1929 bei monatlicher Zustellung inkl. Post 1.70 RM.
Vollzugspreis für Monat Januar 3.40 RM. einl. 96 Pf. Postgebühr (ohne Zustellungsgebühr).
Einzelnummer 10 Pf. Anzeigenpreis: Die Zeilen werden nach Maßstab berechnet; die ein-
zeilige 20 mm breite Seite 30 Pf., für auswärts 40 Pf. Familienanzeigen und Stellenanzeigen
ohne Rabatt 15 Pf., außerhalb 25 Pf., die 90 mm breite Hauptzeile 200 Pf., außerhalb 250 Pf.
Offertengeld 30 Pf. Zusätzliche Beiträge gegen Vorabzahlung.

Druck u. Verlag: Rüdiger & Weichard,
Dresden, Postfach-Nr. 1004 Dresden
Nachdruck nur mit schriftl. Quellenangabe
(Dresden, Nachr.) zulässig. Unverlangte
Schreibsätze werden nicht aufbewahrt

Die Einigung mit Schacht gelungen

Beteiligung der Reichsbank an der V.B.Z.

Offizielles Kommuniqué

Drahtbericht unseres nach dem Haag entsandten Sonderberichterstatters

Im Haag, 14. Jan. Folgendes Kommuniqué wird soden von der deutschen Delegation herausgegeben:

Die deutsche Delegation wird in der morgigen Sitzung der Konferenz die erforderlichen Schritte tun, um die Beteiligung der Reichsbank an der Bank für den internationalen Zahlungsaustausch und die Mitwirkung der Reichsbank bei den Aufgaben dieser Bank gesetzlich zu gewährleisten.

Wie wir weiter hören, hat der Reichsbankpräsident in einer Besprechung mit dem Reichsfinanzminister Wolbenhaar erklärt, sich selbstverständlich den Verpflichtungen eines solchen Amtes nicht entziehen zu wollen.

Damit ist die Mitwirkung der Reichsbank gesichert. In einer anschließenden Besprechung des Reichsbankpräsidenten mit sämtlichen vier deutschen Delegierten wurde die Uebereinstimmung auf vorstehender Grundlage festgestellt.

Schachts Grundsätze

Drahtbericht unseres nach dem Haag entsandten Sonderberichterstatters

Im Haag, 14. Jan. Dr. Schacht hat noch eine wichtige Erklärung vor der Presse abgegeben. Er machte dabei einen durchaus zweifelhaften und entschiedenen Eindruck. Schacht betonte zunächst, daß er von seinem Brief an den Präsidenten des Organisationskomitees für die Internationale Bank getrennt sei. Er äußerte sich dann auf Anfrage über die Einstellung der Reichsbank zu der Möglichkeit, eine andere Bankengruppe einzuschließen und erklärte, seine Schwierigkeiten machen zu wollen, wenn es sich um eine ordentliche Bankengruppe handele. (Diese Möglichkeit ist in meinem Brief erwähnt worden.) Es würde ja weit über meine Befugnisse hinausgehen und hier gewisse Maßnahmen eine Sabotage bedeuten, wenn ich das verhindern wollte.

Die Reichsbank wünschte nur, fuhr er fort, zu wissen, ob die moralischen Grundlagen für dieses Gesetz (Zahlungsbilanz) gegeben sind. Das war der wesentliche Inhalt meines Briefes, der die bekannten drei Punkte enthielt: 1. Die Totalität der Befugnisse, 2. die moralische Gleichbehandlung Deutschlands (privates Eigentum), 3. die moralische Gleichbehandlung Deutschlands in der Sanktionsfrage.

Wenn das Politik ist, so würde ich es sehr begrüßen, wenn endlich erkannt würde, daß auch in der Politik moralische Faktoren ausschlaggebend sein könnten.

Ueber die bisherigen Entscheidungen hier bin ich noch nicht unterrichtet. Mein Entschluß wird von dem Gesamtresultat abhängen. Wichtige Änderungen der bisherigen Ergebnisse scheinen mir an sich durchaus nicht völlig unmöglich. Ich könnte mir jedenfalls denken, daß die Ergebnisse noch geändert werden könnten, will aber jeden Anstoß vermeiden, als ob ich die Entscheidung der Konferenz beeinflussen wollte.

Ich könnte mir auch denken, fuhr Reichsbankpräsident Schacht fort, daß das internationale Vertrauen zu der Währungs politik der Reichsbank sehr gefährdet würde durch die Weigerung, an einem Gesetz teilzunehmen, dem die moralischen Grundlagen fehlen.

An Demission würde ich nur denken, wenn ich das Gefühl hätte, Unrecht zu haben.

Natürlich kann ich mich auch irren. Ich habe aber eine Verantwortung vor der Welt, nicht nur vor Deutschland. Diese Verantwortung ist mir erteilt worden und ich entziehe mich dieser Verantwortung nicht durch die Flucht.

Regiemangel bei der deutschen Delegation

Drahtmeldung unserer Berliner Schriftleitung

Berlin, 14. Januar. Das Reichskabinett ist heute 11 Uhr zu einer Kabinettsitzung zusammengetreten. Es wird sich mit der Lage im Haag und den dort erteilten Einigungsformeln befassen. Für morgen ist mit der Veröffentlichung dieser Formulierungen, insbesondere auch über die in der Sanktionsfrage zu rechnen. In der Frage des Reichsbankstatuts dürfte das Reichskabinett heute noch zu keinerlei Entschlüssen kommen. Die Kreise der Linken, insbesondere die Sozialdemokratie, legen ihre Hege gegen den Reichsbankpräsidenten fort. Indes scheint bereits heute mittags in politisch seriösen Kreisen die Beurteilungswelle etwas ruhiger geworden zu sein. Es stellt sich nämlich heraus, daß der gestrige Vorgang im Haag im wesentlichen auf einen Mangel jeglicher Regie seitens der deutschen Delegation zurückzuführen ist.

Der Brief, den der Reichsbankpräsident Schacht schon am Ende des letzten Jahres an den französischen Kennholz in dieser Angelegenheit gerichtet hat, ist der deutschen Regierung bekannt.

Sie hat jedoch offenbar geglaubt, daß Dr. Schacht angesichts der Entwicklung im Haag von diesem Standpunkt ab-

weichen werde und klein beigeben würde. In dieser Hoffnung hat sie es vermieden, an den Reichsbankpräsidenten die Frage zu richten, ob er auf den in diesem Briefe niedergelegten Standpunkt auch bei den Beratungen des Organisationskomitees für die Internationale Bank im Haag beharren werde.

Dr. Schacht hatte seine Meinung schon vor Weihnachten verschiedentlich in Kabinettsitzungen ganz offen ausgesprochen und hat auch späterhin die Regierung über diese Meinung nicht im unklaren gelassen. Wenn es gestern zu dem Zwischenfall im Haag gekommen ist, so liegt

Die Schuld bei der Reichsregierung.

die ja genau wissen mußte, wie Dr. Schacht stand. Es hat den Anschein, als ob dieser Regieschler, der letzten Endes wohl in der parlamentarischen Methode, klaren Entscheidungen nach Möglichkeit auszuweichen, insbesondere, wenn diese unbequem sind, geruht hat, weniger für Dr. Schacht als für das Reichskabinett Folgen haben wird. Man hört vielfach, daß

Zwei Mißtrauensanträge vor dem Landtag

Der Sächsische Landtag beginnt seine Tätigkeit im neuen Jahre gleich mit einer hochpolitischen Haupt- und Staatsaktion: Abstimmung über ein doppeltes Mißtrauensvotum. Die alljährliche Wiederholung dieser Prozedur im vorhergehenden Landtag — wohl ein duzendmal, bis der Leipziger Spruch dem grausamen Spiel ein Ende machte —, hat aber diese schärfste Waffe des Parlamentes gegen die Regierung schon so abgekumpft, daß man die Worte nicht mehr traglich nimmt. Wenn die angesprochenen Mehrheitsverhältnisse auch immer die Möglichkeit von Ueberraschungen offen lassen...

Deute wird die Lage noch dadurch kompliziert, daß die Mißtrauensanträge von den Flügelparteien rechts und links und aus ganz entgegengesetzten Motiven kommen. Die Nationalsozialisten, zwar nicht Regierungspartei, aber doch Stütze der regierenden Mehrheit, zielen auf den Arbeitsminister Eisner, der gegen ihren Willen nachträglich ins Kabinett aufgenommen wurde und der nun als Sündenbock für den Seidemannskandal und die damit zusammenhängenden sonstigen Affären der Sächsischen Wohlfahrtsbehörde gehalten soll. Der kommunistische Antrag aber geht aufs Ganze: er ist echte Opposition und will nach gutem parlamentarischem Brauch der Regierung den Garaus machen.

Zwischen den Propheten rechts und links steht die Sozialdemokratie als Bellinz in der Mitte. Sie ist zwischen den beiden Mißtrauensanträgen in einer einigermaßen fühligen Lage. Natürlich muß sie die grundsätzliche Opposition der Konkurrenz von links mitmachen. Aber von daher droht keine ernste Gefahr. Den 45 marxistischen Stimmen stehen 51 auf der Regierungseite gegenüber. Da kann die eine Splittergruppe oder die andere abbröckeln, ohne daß es zum Regierungsturz reicht. Wie aber steht die 33-Männer-Fraktion der Sozialdemokratie zu dem Angriff gegen Eisner? Er ist zwar Antisozialist, als solcher „Arbeitervertreter“ und Minister des „Bürgerblocks“. Aber er steht mit seiner Person eine Wohlfahrtsbehörde, für deren Erhaltung sich die Sozialdemokratie stark gemacht hat und in deren Unfälle eine Anzahl Parteigenossen stark verwickelt sind. Wenn man nun den Gehel, als den formal Verantwortlichen, mit einem Mißtrauensvotum trifft, sind dann nicht auch die eigentlich Verantwortlichen, die ausführenden Beamten mit dem roten Parteibuch, mit getroffen? Zwei Seelen kämpfen also in der sozialdemokratischen Brust, und wie sich dieser Konflikt lösen wird, das ist das eigentliche Spannungsmoment der zu erwartenden Abstimmungen.

So steht das Haus denn äußerlich wenigstens im Zeichen des großen Tages. Auf den überfüllten Tribünen fällt eine geschlossene Mädchenschule auf, die ihre staatsbürgerliche Bildung hier durch Anschauungsunterricht ergänzen soll. Um das Parlament im Großkampf zu belauschen, ist heute gerade der rechte Tag. Schon der erste Redner, Dr. Frißch, erregt mit seiner Begründung des nationalsozialistischen Antrages steigende Unruhe auf der Linken, wenn er die Arbeitsweise im Wohlfahrtsministerium und die Praktiken des Präsidenten Tempel von der Landesversicherungsanstalt in scharfen Ausdrücken kritisiert.

Die dann folgende Rede des Kommunisten Renner wächt sich zu einem spitzigen Dialog mit dem Nationalsozialisten v. Klügner aus, der gepöbelt ist mit Reminiszenzen an die Geburtsstunde der Republik. Es scheint, daß der Kommunist den Wettbewerb des Nationalsozialismus um die Arbeiterklasse allmählich als gefährlicher empfindet als die sozialistische Konkurrenz; denn er richtet die ganze Wucht seiner Demagogie gegen die äußerste Rechte, während für die Sozialdemokratie diesmal nur ein paar Seitenhiebe abfallen.

Noch während Renner spricht, verbreitet sich das Gerücht, daß die Stellung des Arbeitsministers Eisner schon vor der Abstimmung ersättigt sei. Die Sozialdemokraten sollen zwar zur Stimmenthaltung geneigt sein,

in diesem Zweikampf zwischen einer parteipolitisch zerfaserten und deshalb außenpolitisch kaum noch aktionsfähigen Regierung und den in seiner Stellung fest gegründeten autonomen Reichsbankpräsidenten wohl die Reichsregierung den kürzeren ziehen wird, und auf welche Seite sich bei kommenden Wahlen die Wählerchaft stellen dürfte, wird wohl in der Wilhelmstraße auch kein Rätsel sein.

Jedenfalls wird die Reichsregierung gut tun, sich mit Herrn Dr. Schacht nicht weiter auseinanderreden zu lassen, und die höheren Gesichtspunkte der Außenpolitik in den Vordergrund zu stellen.

In der Tat ist es beschämend, mit anzusehen, wie jetzt über Dr. Schacht hergefallen wird. Es wird dabei absolut vergessen, daß sein geistiges Auftreten im Haag doch als Widerstandsfaktor zu werten ist. Parteipolitisch verrannte Arelle leben aber in dem Vorhof Dr. Schachts, der auch wiederum außenpolitisch gemeldet war, eine innerpolitische Spitze. Dr. Curtius, der auch hier wiederum nicht beirrt hat, worum es ging, heißt aber die außenpolitischen Gesichtspunkte vollkommen in den Hintergrund und glaubt, seiner persönlichen Antipathie gegenüber Dr. Schacht freie Bahn geben zu müssen.

Was Dr. Schacht getan hat, ist nichts anderes als sein gutes Recht.

ebenso aber einige bürgerliche Fraktionen, und von den Deutschnationalen heißt es, daß sie gegen ihn Stellung nehmen wollen. Mit dem Rücktritt des Arbeitsministers wird deshalb jetzt schon gerechnet.

Der Sitzungsbericht

Dresden, den 14. Januar 1930.
Nach der einmonatigen Weihnachtspause nimmt der Landtag heute seine Plenarsitzungen wieder auf. Als wichtigste Punkte stehen auf der Tagesordnung der nationalsozialistische Mißtrauensantrag gegen den Arbeitsminister Eisner und der Mißtrauensantrag der Sozialdemokraten gegen das Kabinett Dr. Büniger. Das Haus einschließend der Tribünen ist sehr gut besucht. An den Regierungstischen nehmen Vize-Ministerpräsident Dr. Büniger, die Minister Dr. Arug v. Ribba u. v. Falkenstein, Weber, Dr. Mannfeld, Eisner, Staatskanzler Dr. Schettler. Abg. Dr. Frißch (Natio.) behandelt den

Mißtrauensantrag gegen den Minister Eisner

Der folgende Antrag lautet:
„Gestützt auf das in der Seidemann-Konzern-Affäre ausgearbeitete Gutachten des vom Gesamtministerium einigebestimmten Untersuchungsausschusses, weiter gestützt auf die neuerlich durch die Tageszeitungen gehende Notiz, Unterschlagung von Geldern beim Schwimmbad betreffend, die ebenfalls zum großen Teil aus der Sächsischen Wohlfahrtsbehörde stammen, gestützt auf das im Saale Tempel vorliegende Material, beantragt wir, der Landtag wolle beschließen:

1. der Arbeits- und Wohlfahrtsminister Eisner besitz nicht das Vertrauen des Landtages;
2. die Regierung zu ersuchen, den Ministerialdirektor Dr. Mittel und Ministerialrat Dr. Walter sofort ihres Amtes zu entheben und ohne Pension zu entlassen.“

Der Redner, der oft durch lauernde Zurufe der Linken unterbrochen wird, sagt, daß die Revolution vom Jahre 1918 nur ein Mittel zum Zweck gewesen sei. Die Idee dieser Revolution sei keine große und erhabene gewesen, es habe sich nicht um die Rettung von Volk und Vaterland gehandelt, sondern um ein

ganz gemeines und feiges Strebertum. Aus diesem geistigen Zustand habe sich ein System entwickelt, das an die Stelle des Pflichtgedankens die Verantwortunglosigkeit gesetzt habe. Korruption bedeutete nicht bloß persönliche Bereicherung, sondern sie sei schon vorhanden, wenn einem Diener des Staates das Verantwortungsgefühl seinem Volke gegenüber fehle. Die

Gerechtigkeit des heutigen Systems werde sogar von Sozialdemokraten ausgegeben. Die letzten Wahlen hätten gezeigt, daß die Mehrheit des Volkes mit diesem System nicht einverstanden sei. Trotzdem habe das Bürgertum nichts getan, um beim Arbeits- und Wohlfahrtsministerium und anderen Verwaltungszweigen eine Säuberung vorzunehmen. Das Geld der Wohlfahrtsbehörde sei für die Vermögen der Armen bestimmt gewesen. Der Staatsanwalt habe von einer Anklage gegen den Präsidenten Tempel nur Abstand genommen, weil man nicht nachweisen könne, daß Tempel vorsätzlich gehandelt habe. Jedenfalls sei erwiesen, daß das, was in der nationalsozialistischen Presse gesagt worden sei, vollkommen der Wahrheit entspreche.

Der Arbeitsminister hätte die Pflicht gehabt, von Anfang an scharf zuzugreifen. Es stehe fest, daß das Arbeits- und Wohlfahrtsministerium nichts anderes darstelle, als die Verkörperung des Systems, das uns im Jahre 1918 befehrt worden ist, in dem man die Beamtenposten mit dem Parteibuche besetzt. Im alten Staat habe nicht der Schein einer Korruption aufkommen dürfen.